

Kommentar:

Votum für Vajpayee

von Bernd Basting

Die bevölkerungsreichste Demokratie, Indien, hat gewählt. "Laddus" — die im Land so beliebte süße Leckerei aus Milch, Mehl und Zucker — für den Sieger Vajpayee von der BJP. Die rechtskonservative hindunationale Partei stellt erneut den Premierminister und verbucht im Verein mit ihrem Wahlbündnis, der 'Nationaldemokratischen Allianz' (NDA), rund 300 Parlamentsmandate für sich. Da der Hauptkonkurrent — die 'Congress'-Partei unter Sonia Gandhi — hingegen nur wenig über 100 Sitze erringen konnte, scheint dies nun eine sichere, stabile Regierungsmehrheit zu sein, mit der die Indische Union in das neue Jahrtausend geht.

Wie ist das Ergebnis zu deuten? Die "Gandhi-Karte", die der 'Congress' mit Sonia Gandhi, der Witwe des 1991 ermordeten Ex-Premiers Rajiv Gandhi, zum mehrfach wiederholten Male ausspielen wollte, stach diesmal nicht. Der Nimbus des Namens, der jahrzehntelang eine erdemokratische Wahl-Dynastie der Nehrus und Gandhis am Leben gehalten hatte, ist nun endgültig verblaßt. Die Kandidatin war — obwohl sie in den eigenen Wahlkreisen reüssierte — auf die Union bezogen wohl doch nicht geeignet genug: Als Italien-Stämmige mißlang ihr, trotz Sari-Kleidung und gebetsmühlenartiger Bekenntnisse zur "Indianess", die Rolle der Identifikationsfigur für die Einheimischen. Zudem entblöste sie im Wahlkampf ihre politische Unerfahrenheit und peinliche Defizite in der öffentlichen Kommunikation; ihre mit leiser Stimme vorgetragenen Reden, mit ihren anti-quiert anmutenden 'Congress' - Parolen, langweilten. Die hektisch-überstürzte Entscheidung ihrer Partei, sie als Haupt-Kandidatin für das Quorum '99 aufs Paneer zu heben, statt in ruhiger Besonnenheit eine substantielle, längerfristig angelegte innerparteiliche Reform anzugehen, brachte ihr das schlechteste Wahlergebnis seit 52 Jahren, seit Existenz der unabhängigen Indischen Union, ein.

Die BJP behält das Regierungszepter, obwohl sie selbst keinen Mandatezuwachs aufweisen kann. Aber es gelang ihr durch taktisch kluge Ausblendung kontroverser Themen wie dem Tempelbau in Ayodhya oder der Abschaffung des religiös geprägten Personen- und Familienrechts für Minderheiten, zahlreiche Kombattanten in

Form diverser Regionalparteien an sich zu binden. Letzere können sich ohne große Gewissensnöte dazu verstehen, mit einer BJP zu koalieren, die allem Anschein nach ihren radikal-hindunationalistischen Flügel klein hält und sich stattdessen als eine liberale Reform-Partei geriert, repräsentiert durch den hochgebildeten und ideologisch gemäßigten Dichter-Politiker Vajpayee.

Das mittels des Votums die extremistischen Kräfte innerhalb der hindu-nationalen Bewegung und ihrer führenden Parteiorganisation in die Schranken gewiesen worden sind, ist gut für Indien und für die Weltregion Südasien insgesamt — gerade in Zeiten einer im Kargil-Kashmir-Konflikt wieder prekärer gewordenen Spannungssituation zwischen den beiden Nuklearmächten Indien und Pakistan, und auch angesichts des jüngsten Militärputsches in Islamabad, der die Falken im muslimischen Nachbarland wieder gewaltsam an die Macht gebracht und die von Sharif schon attackierte demokratische Ordnung endgültig zu Schanden geritten hat.

Die Wahl in Indien bestätigt andererseits die sich seit Mitte der neunziger Jahre abzeichnende Tendenz einer zunehmenden Fragmentierung und Diversifizierung der indischen Parteienlandschaft. So wird die damit einhergehende massive Veränderung der politischen Kultur in Indien von einem über Dekaden existierenden "dominant-party-system" — in dem nur eine einzige Partei, der 'Congress', das politische System beherrscht — in ein "multi-party-system", in dem viele Parteien am politischen Prozeß partizipieren sowie um Macht und Regierungsbeteiligung konkurrieren, zementiert: Die 'Nationaldemokratische Allianz — NDA', deren Parteiorganisationen die neue politische Führung in Neu-Delhi formieren, vereinigt 24 Parteien.

Mehr als 200 Sitze teilen sich Parteien, die weniger als 40 Sitze haben. Neben der BJP sind es diesmal vor allem die westbengalischen Kommunisten der CPI(M) unter dem Politiker-Veteranen Jyoti Basu sowie zwei südindische Regionalparteien, die künftig eine starke Rolle in der Tolerierung der Regierungskoalition oder als Mitglied derselben spielen werden: die 'Telugu Desam Party' (TDP) aus Andhra Pradesh unter Chandrababu Naidu, die 29 Abgeordnete stellt, und die 'Dravida

Munnetra Kazhagam' (DMK) aus Tamil Nadu, angeführt von Muthuel Karunanidhi, mit zwölf Parlamentariern.

Das bringt einen erneuten Einflußzugewinn des dravidisch geprägten Südindien und seiner politischen Kräfte in der Zentralmacht in Neu-Delhi mit sich, die lange Zeit vom nordindischen politischen Establishment dominiert war und wird demokratie- und partizipationsschädlichen Zentralisierungstendenzen entgegenwirken. Zudem muß sich die BJP endgültig von einem früher angestrebten Alleinherrschaftsanspruch in der Nachfolge des 'Congress' verabschieden, wodurch die radikal-hindunationalistischen Kräfte innerhalb der Partei in Zukunft kaum werden zur Entfaltung kommen können. Darüberhinaus scheint auch der indische Wähler an politischer Mündigkeit gewonnen zu haben. Denn wie niemals zuvor hat er sich als urteils- und differenzierungsfähig erwiesen im Hinblick auf die Unterscheidung zwischen Schaumschlägerei, leeren Versprechungen und inhaltsloser Polemik und der realen Leistungsfähigkeit politischer Akteure in den jeweiligen Regionen: Die punjabische Regionalpartei 'Akali Dal' erlitt eine deutliche Niederlage, obwohl sie den Bauern Schuldentilgung, Gratisstrom- und Wasserversorgung in Aussicht gestellt hatte.

Der beim Votum äußerst erfolgreiche TDP-Führer Naidu hingegen hatte — in Abkehr von der gewohnten Praxis indischer Politiker — statt Subventionen, ein "Gürtel enger schnallen" und Preiserhöhungen für rationierten Reis und Strom angekündigt. Der Unterschied: Naidu war in der Lage, die Stromlieferung in seinem Bundesland sicherzustellen, während im Punjab die staatlichen Dienstleistungen durch eine Politiker-gemachte Finanzkrise lahmgelegt worden waren.

Zum ersten Mal seit 1971 auch hat das indische Wahlvolk eine Regierung im Amt bestätigt und damit seine Leistungen goutiert sowie einer "Politik der Identität", die bestimmt war von Parteien, die ihre Wähler durch Appell an ihre ethnische, soziale und religiöse Identität einzufangen suchten, eine unmißverständliche Absage erteilt. Das bekam z.B. der Chefminister von Bihar, Laloo Prasad Yadav, durch seine erste Niederlage in zehn Jahren empfindlich zu spüren: Maskenhaft und anbietend hatte Yadav vorher den Part des "Propheten der unteren Kasten" gemimt, ohne in seiner praktischen Politik jedoch etwas wirklich Substantielles für diese benachteiligten Gruppen zu tun.

Nunmehr ging es den Menschen aber nicht mehr darum, einen Kastenvertreter zu wählen, sondern es ging um Trinkwasser, Elektrizität, Schulen und Straßen. Neben solch positiven Aspekten reflektierteren Wählerverhaltens und der Verstetigung der Vielfalt der Parteienlandschaft, impliziert gerade letzteres auch Schattenseiten: Das politische Spektrum innerhalb der Regierungsallianz NDA changiert zwischen den radikal hinduistischen Eiferern der 'Shiv Sena' aus Maharashtra, der 'Akali Dal' der Jat-Sikhs im Punjab, der dravidischen Nationalisten der DMK aus Tamil Nadu, der sozialdemokratischen 'Janata Dal' (die sich mit 20 Mandaten wieder erholen konnte, nachdem sie bei der vorherigen Wahl zu nurmehr embryonaler Bedeutung geschrumpft war) und der klassisch sozialistischen 'Samata Party' des George Fernandez aus Bihar sowie am äußersten linken Rand der kommunistischen CPI-M aus Westbengalen — ein bunt-schillernder Flickenteppich politisch-ideologisch sehr unterschiedlich ge-

webter Gruppierungen und Organisationen.

Die Erfahrung seit 1996, mit der nun dritten Unionswahl binnen dreier Jahre, und die kurze, nur 18 Monate währende Amtszeit der letzten Regierung Vajpayee zeigen plastisch die strukturelle Instabilität solcherart heterogener Regierungsbündnisse. War es vor dem jüngsten Qourum die machtbesessenen-eitlen tamilische AIADMK-Führerin Jayalalitha, die als potentester Regierungspartner dem Premierminister kontinuierlich das Leben schwer machte und durch ihren Ausstieg aus der letzten Regierungskoalition die Neuwahlen provoziert hatte, so werden künftig vielleicht Naidu und Karunanidhi die Zünglein an der Waage spielen und die Regierung der permanenten Gnade ihrer Loyalität aussetzen, welche man beliebig gewähren und wieder entziehen kann.

Es steht zu befürchten, daß kompetente Sachentscheidungen zum Wohl des Landes und seiner Bevölkerung von der neuen Vajpayee-Administration kaum zu treffen oder gar durchzusetzen sein werden; daß sie in dem schwierigen Bemühen, einen politischen Konsens innerhalb der Vielparteien-Koalition herzustellen, verwässert werden oder durch politisches Ränkespiel und egoistisch-partikularistische Machtinteressen einzelner Regionalparteien bzw. deren Führern ganz auf der Strecke bleiben. Es ist zu hoffen, daß es doch anders kommt; daß sich im Regierungspalast in der indischen Kapitale die vernunftorientierten Akteure durchsetzen, die nicht primär ihre eigene "libido dominandi", sondern das Wohl der Nation ins Visier ihres politischen Handelns rücken und eine moderne, säkular geleitete Reformpolitik verwirklichen.

Die frisch inthronisierte Administration hat schwierige wie wichtige gesamt-nationale Problemfelder einer Lösung zuzuführen: Die Massenarmut der 300 Millionen Menschen wäre zu beseitigen; die Analphabetenrate mit 500 Millionen muß gesenkt werden; der Bevölkerungszuwachs mit einer jährlichen Steigerung von 18 Millionen (!) Menschen ist zu reduzieren, die Umweltkrise einzudämmen und der kommunalistischen oder kastenorientierten Gewalt Einhalt zu gebieten. Die nach wie vor existierende Schuldknechtschaft von Kindern sollte beendet werden und nicht zuletzt gilt es, die Beziehungen zum Nachbarn Pakistan, wo jetzt wieder die Politiker in Uniform das Sagen haben, die die Souveränität ihres Landes "bis zum letzten Blutstropfen" zu verteidigen trachten, zu entspannen, die kriegsvirulente Kashmir-Frage einvernehmlich-friedlich und erfolgreich zu verhandeln und den ehemals hoffnungsvoll begonnenen Lahore-Prozeß wiederzubeleben.

Indien braucht eine stabile Regierung.

Nachfolgend veröffentlichen wir zwei Beiträge, die sich mit dem Thema Naturschutz in Indien beschäftigen. Das 'Projekt Tiger', das 1973 ins Leben gerufen wurde, gilt weltweit als eines der erfolgreichsten Naturschutzprogramme und als Wendepunkt in der indischen Umweltpolitik. Allein in den fünfundzwanzig Tigerreservaten (siehe Anhang) werden heute 33.875 qkm intakte Urlandschaft bewahrt, eine Fläche fast so groß wie Nordrhein-Westfalen. Am Beispiel des Corbett- und des Ranthambhore Tigerreservats sollen hier Entwicklung und Rückschläge des Projekts in den letzten 26 Jahren aufgezeigt werden.

Der zweite Beitrag beleuchtet, wie indigene Völker, die Adivasis, mit in Planungsüberlegungen einbezogen werden. Vor allem die Agenda 21 mahnt die Regierungen, die Ureinwohner stärker bei den Bemühungen um den Fortbestand letzter Rückzugsgebiete für seltene Tier- und Pflanzenarten zu konsultieren. Gleichwohl müssen die Adivasi in Indien erbittert um ihre Anerkennung streiten. Dort drängt der Naturschutz die Ureinwohner nämlich an den physischen wie kulturellen Rand.

Naturschutz in Indien

Wie der Mythos Tiger hilft, wertvolles Habitat zu schützen.

von Ingrid Norbu

Hoch oben auf einem Felsvorsprung wacht die Ruine eines alten Forts über eine der eigentümlichsten Gegenden Indiens: Die uralten Felsen der Aravallis treffen auf die Vindya-Berge, ein bis zu 900 m hohes Tafelgebirge. Diese markante Verwerfung teilt den Ranthambhore Nationalpark in ganz unterschiedliche Landschaften. Der Park gleicht einer Oase für Flora und Fauna im sonst trockenen, kahlen Landstrich im Südosten des Bundesstaates Rajasthan. Hier regnet es häufiger und die Temperaturen liegen unter dem Landesdurchschnitt. Verwitterte Pavillons und Tempel stehen an den Ufern von künstlich angelegten Seen. Das heutige Parkgebiet war einst Jagdrevier des Maharajas von Jaipur. Nach der Unabhängigkeit wurde es zunächst als Wildreservat geschützt.

Ranthambhore ist berühmt dafür, daß hier jeder Besucher gute Chancen hat, einen Tiger zu Gesicht zu bekommen. Die wachsende Zahl der Luxushotels auf dem Weg zum Eingang des Nationalparks zeigt, daß sich der Erfolg auch für andere auszahlt. In der Saison von Oktober bis Juni wird ein Teilgebiet des Parks morgens und abends von Dutzenden von Jeeps und Lastwagen durchfahren, besetzt mit Touristen. Auch wir haben Glück! Unter einem Baum unmittelbar neben dem Fahrweg liegt eine Tigerin und verdaut ihre Mahlzeit. Die klickenden Kameras stören sie zunächst nicht. Geier ziehen ihre Kreise. Schließlich erhebt sie sich und verschwindet im Gras. Es besteht der Verdacht, daß die Tiger, um den Besuchern ein Erfolgserlebnis zu vermitteln, neben den Fahrwe-

gen gefüttert werden.

Der Tiger ist ein Mythos, vor allem seit er so selten geworden ist. Er ist der größte in der Familie der Katzen und ausschließlich in Asien zu Hause. Drei von acht Unterspezies sind bereits ausgestorben: die auf Bali, Java und vom Kapspischen Meer. Ein ausgewachsener männlicher Tiger braucht ein bis zu 100 qkm großes Revier, je nach Vegetation und Populationsdichte seiner Beutetiere, Hirsche und Antilopen, und immer ausreichend Wasser. Das System von "checks and balances" zwischen Beute und Jäger, wird empfindlich gestört, wenn die pflanzenfressenden Beutetiere nicht genügend Nahrung finden. So hilft der Mythos Tiger auch noch intakte Landschaft zu schützen. M.K. Ranjitsinh, namhafter indischer Naturschützer, lange Zeit auf Regierungs- und nun auf NGO-Ebene, schreibt in seinem Buch "Beyond the Tiger": The aura of the tiger was instrumental in obtaining for the cause of conservation diverse habitats and ecotypes that otherwise would have been extremely difficult to get, and whose intrinsic value to man's genetic heritage and quality of life is far greater than the tiger itself.

Das Projekt Tiger

Ende der 60er Jahre drohten nicht nur die Jagdgesellschaften der Maharajas dem Königstiger den Garaus zu machen. Seit der Unabhängigkeit waren gravierendere Faktoren dazugekommen: Dschungelgebiete wurden von ihren Eigentümern zu Geld gemacht, um Wahl-

kämpfe zu finanzieren. Die Regierung verteilte großzügig Waldgebiete aus Großgrundbesitz an landlose Bauern. Der rasante Bevölkerungszuwachs gepaart mit laxen Kontrollen über die verbliebenen Forstgebiete ließen den Lebensraum des Tigers schrumpfen. Waffenscheine wurden an Farmer ausgegeben, damit sie Haustiere und Ernte effektiver vor Tigern, Elefanten, Nashörnern oder Bären schützen konnten. Oder man vergiftete erbeutete Haustiere nachträglich mit Pestiziden, um sich bei einer eventuellen zweiten Mahlzeit an den Raubtieren zu rächen.

Gleichzeitig stieg auf dem internationalen Markt die Nachfrage nach Tigerfellen als Trophäe und das Wildern nahm überhand. Die Jagdgesellschaften betuchter Ausländer konnten damit rechnen, daß die Regierung großzügig über deren Großwildjägerambitionen hinwegsahe. Mit Erschrecken mußten Naturschützer feststellen, daß sich die Tigerpopulation von etwa dreißigtausend um die Jahrhundertwende auf weniger als zweitausend Ende der 60er Jahre verringert hatte. 'Die Internationale Union für den Naturschutz und den Schutz der natürlichen Ressourcen' (IUCN) forderte bei ihrer zehnten Generalversammlung im Dezember 1969 in Neu Delhi den sofortigen Schutz der Großkatzen.

Am 1. April 1973 wurde im Corbett Nationalpark in Nordindien das 'Projekt Tiger' ins Leben gerufen. In verschiedenen Gebieten Indiens steckte die Regierung mit internationaler Hilfe, allen voran der des 'World Wide Fund for Nature' (WWF), zunächst acht Tigerre-